Kirche kritisiert de Maizieres Aussage zu islamischen Feiertagen

16. Oktober 2017

Hannover (KNA) Ein Vorstoß von Bundesinnenminister Thomas de Maiziere (CDU) zur Einführung muslimischer Feiertage ist bei Kirche und Politik auf Ablehnung gestoßen.

„Die Frage nach der Einführung gesetzlicher muslimischer Feiertage in Deutschland liegt aus meiner Sicht noch nicht an“, sagte der Leiter des Katholischen Büros Niedersachsen, Felix Bernard, am Freitag der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) in Hannover. Zunächst müsse man auf Länderebene mit den muslimischen Verbänden zu tragfähigen Vereinbarungen über eine gesellschaftliche Teilhabe kommen, so Bernard. Kritik kam auch von der niedersächsischen CDU.

Landeschef und Spitzenkandidat Bernd Althusmann berief sich laut Medienberichten auf „eine lange Tradition“ von Feiertagen in Deutschland. Für eine Änderung sehe er keinen Bedarf. Innenminister de Maiziere hatte sich bei einer Wahlkampfveranstaltung in Wolfenbüttel gesprächsbereit gezeigt: „Ich bin bereit, darüber zu reden, ob wir auch mal einen muslimischen Feiertag einführen“, sagte er in seiner Rede. Allerheiligen sei auch nur dort Feiertag, wo viele Katholiken lebten.

Warum könne man also dort, wo es viele Muslime gebe, nicht auch mal über einen muslimischen Feiertag nachdenken. Allerdings betonte de Maiziere auch: „Generell sind unsere Feiertage christlich geprägt, und das soll auch so bleiben.“ Die Anzahl der Feiertage variiert in Deutschland je nach Bundesland. Neun Feiertage gelten in allen Bundesländern einheitlich: Neujahrstag (1. Januar), Karfreitag, Ostermontag, Christi Himmelfahrt, Pfingstmontag, Tag der Arbeit (1. Mai), Tag der deutschen Einheit (3. Oktober) sowie der erste und zweite Weihnachtsfeiertag (25. und 26. Dezember). Nur der 3. Oktober, der Tag der deutschen Einheit, geht auf ein Bundesgesetz zurück.

(KNA – rlkln-89-00069)

Stand: 13. November 2026